

Christopher Vogt, MdL
Vorsitzender

Anita Klahn, MdL
Stellvertretende Vorsitzende

Oliver Kumbartzky, MdL
Parlamentarischer Geschäftsführer

Nr. 289/ 2019
Kiel, Freitag, 2. August 2019

Finanzen/ Senkung der Grunderwerbsteuer

Christopher Vogt: Wir wollen Familien beim Hauskauf entlasten

Anlässlich des Beschlusses im Bundeskabinett, die Steuerschlupflöcher bei bestimmten gewerblichen Immobiliengeschäften zu schließen, erklärt der Vorsitzende der FDP-Landtagsfraktion, Christopher Vogt:

„Die Grunderwerbsteuer ist der große Preistreiber bei den Kaufnebenkosten und somit auch ein Problem für viele Familien, die sich ihren Traum von den eigenen vier Wänden erfüllen wollen. Deshalb wollen wir die Mehreinnahmen, die Schleswig-Holstein aus dem Schließen des Steuerschlupfloches erhalten wird, zeitgleich und vollständig für Entlastungen bei der Grunderwerbsteuer nutzen.

Dabei gibt es zwei mögliche Varianten: Das aus unserer Sicht sinnvollste und zielgerichtetere Modell wäre die Einführung von Freibeträgen oder Freigrenzen für Familien, die sich die erste selbstgenutzte Wohnimmobilie in Schleswig-Holstein kaufen. Dafür ist es höchste Zeit, dass das entsprechende Grunderwerbsteuergesetz auf Bundesebene entsprechend geändert wird. Da wollen wir mehr Druck machen. Alternativ könnte der Landtag die mit 6,5 Prozent bundesweit höchste Grunderwerbsteuer wieder etwas absenken. Beide Modelle wären deutlich wirkungsvoller und unbürokratischer als das Baukindergeld der Bundesregierung.

Unser Ziel ist, vor allem jungen Familien ein attraktives Angebot zu machen, sich dauerhaft in Schleswig-Holstein niederzulassen. Deutschland hat eine der niedrigsten Wohneigentumsquoten in Europa, was sich negativ auf die Vermögensbildung und die Altersversorgung vieler Menschen auswirkt. Wir wollen deshalb mehr Menschen den Erwerb von Wohneigentum ermöglichen. Aus diesem Grund werden wir einerseits mehr Flächen zur Verfügung stellen und andererseits den Kauf erleichtern. Dies wird dann auch den Mietwohnungsmarkt in den Ballungsgebieten wieder entspannen.

Wir werden das Thema Grunderwerbsteuer nach den Sommerferien in der Koalition besprechen, um gemeinsam zu einem Modell zu kommen, das möglichst fair und unbürokratisch ist.“